

real existierende Schwierigkeiten hin: auf die Problematik des Namens Konzil, auf die Schwierigkeit, daß die katholische Kirche nicht Mitglied des Weltkirchenrates ist, auf das Vorhaben des Weltkirchenrates, eine „Weltkonferenz für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ für 1988 einzuberufen usw.

Zur Verdeutlichung sei nur noch einmal auf dies hingewiesen. Das von Carl Friedrich von Weizsäcker unter hohem persönlichem Einsatz verfolgte Projekt, ein ökumenisches Konzil des Friedens einzuberufen, deckt sich im ganzen völlig mit dem Vorhaben des Weltkirchenrates, wie es auf der Vollversammlung in Vancouver in Kanada 1983 zum Beschluß erhoben wurde. Vielleicht mit zwei Akzentverschiebungen: Carl Friedrich von Weizsäcker ist auf der einen Seite davon überzeugt, daß die Gefahr so groß ist, daß das Konzil möglichst schon 1987, spätestens aber 1988 einberufen werden müßte. Zum anderen geht er mit Recht davon aus, daß die Verantwortung für das zur Diskussion stehende Problem so groß ist, daß die katholische Kirche unbedingt als aktiver Teil in dieses Vorhaben miteinbezogen werden muß, als einladende und nicht nur eingeladene Institution, so daß dieses Konzil nicht nur eine Angelegenheit des Weltkirchenrates sein kann.

Natürlich könnte man noch viel mehr Schwierigkeiten aufzählen, als Sie dies in Ihrem Artikel tun. Aber wieso soll dies eine undurchführbare Idee sein? Carl Friedrich von Weizsäcker betont immer wieder zu Recht: Wenn das Konzil (oder eine konziliare Versammlung oder eine Konvokation) nicht möglichst bald einberufen wird, dann fehlt es an gutem Willen dazu. Verblässen all die Schwierigkeiten, die Sie aufzählen, nicht angesichts der Größe der Gefahr? Verraten die christlichen Kirchen nicht die Sache Jesu, wenn sie nicht über all diese sekundären Schwierigkeiten hinweg sich zusammenfinden, um der Weltgesellschaft mit ihrer vereinten moralischen Kraft eine Wegweisung zu geben aus der tödlichen Krise heraus? Verlieren die christlichen Kirchen nicht ihren letzten Rest von Glaubwürdigkeit in dieser Welt, wenn sie sich, anstatt eine authentische christliche Antwort auf diese tödlichen Krisen zu geben, darüber streiten, ob

man sich unter dem Namen „Konzil“ oder „Weltkonferenz“ oder unter einem sonstigen Begriff zusammenfindet? Die Menschen heute interessieren sich mit Recht überhaupt nicht dafür, ob der Papst oder der Weltkirchenrat oder sonst jemand dazu einlädt, sondern sie warten darauf, ob der christliche Glaube – institutionalisiert in den christlichen Kirchen – überhaupt noch fähig ist, gemeinsam eine Aussage zu den Fragen zu machen, welche über die Zukunft der Menschheit entscheiden.

Wenn der Papst zum 27. Oktober 1986 zu einem Gebets- tag für den Frieden eingeladen hat, ist dies nur zu begrüßen und zu unterstützen. Es darf vielleicht in diesem Zusammenhang erinnert werden an die Worte von Reinhold Schneider in der Endphase des letzten Weltkrieges: „Allein den Betern wird es noch gelingen, das Schwert von unseren Häuptern abzuhalten, die Welt den richtenden Gewalten durch ein geheiligt Leben abzurufen.“ Aber das andere wird doch wohl auch klar sein: Gerade die Christen und die Vertreter der christlichen Religionen dürfen es doch wohl beim Beten allein nicht bewenden lassen. Wenn es möglich ist, daß Vertreter christlicher Religionen sich zum Gebet an einem Ort zusammenfinden, dann muß es ja doch wohl auch möglich sein, daß diese Vertreter nicht nur um den Frieden beten, sondern auch über die Verwirklichung des Friedens sprechen.

Das „Friedenskonzil: eine gutgemeinte, aber undurchführbare Idee“? Dietrich Bonhoeffer, von dem übrigens die Forderung nach einer Einberufung eines ökumenischen Konzils des Friedens im Jahre 1934 stammt, hat den christlichen Kirchen vorgeworfen, daß sie gregorianischen Choral gesungen haben, als die Juden verfolgt wurden. Wenn es den christlichen Kirchen nicht gelingt, sich vor Ablauf dieses Jahrzehnts zu einer ökumenischen Versammlung über Frieden und Gerechtigkeit zusammenzufinden und eine christliche Antwort auf die anstehenden Fragen zu geben, dann wird man ihnen zu Recht den schwerwiegenden Vorwurf machen müssen, daß sie sich über kirchenrechtliche und kirchenpolitische Fragen gestritten haben, während jährlich 80 Millionen Menschen verhungern, mehr als alle Toten des Zweiten Weltkrieges zusammen.

*Norbert Greinacher*

## Kurzinformationen

**Die Bischöfe von Luxemburg, Metz und Trier wenden sich an Kernkraftbefürworter und Kernkraftgegner.**

Zu „einem neuen Denken und Handeln nicht unter Druck von Emotionen, sondern gelassen und bestimmt“ nach der Katastrophe von Tschernobyl rufen die Bischöfe von Luxemburg, Metz und Trier in einer gemeinsamen Erklärung auf, die Anfang Juni veröffentlicht wurde. Die Bischöfe wenden sich darin vor allem an die

Politiker. Diese würden es sich zu einfach machen, wenn sie nur die eigenen Meinungen und Entscheidungen gelten lassen und sich dabei gegenseitig zum Sündenbock stempeln. Es müsse deutlich werden, daß es bei der Kernkraft wie im politischen Raum überhaupt um wesentliche ethische und nicht allein um technische Entscheidungen gehe. An Verbände, Lehrer und Journalisten appellieren die Bischöfe, an der öffentlichen Meinungsbildung mitzuwirken durch umfassende Informa-

tion und nicht durch Schüren „tückischer und verderblicher Ängste“. Primäres Anliegen des Aufrufs ist die *Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen*. Es müßten die äußersten Sicherheitsvorkehrungen getroffen und auch schon geringe nukleare Zwischenfälle beachtet werden, weil auch sie Konsequenzen über die Landesgrenzen hinaus hätten. Es gelte, nicht nur Interessen des eigenen Volkes zu berücksichtigen, sondern die Verantwortung auch für die benachbarten Völker zu erkennen. Die drei Bischöfe – sie sprechen nur von Tschernobyl, es wird aber klar, daß der Grund der eigentlichen Beunruhigung der in ihren Diözesen lebenden Bevölkerung das Kraftwerk Cattenom vor allem mitgemeint ist – verlangen die Weiterentwicklung der internationalen Kooperation und in dem Zusammenhang eine Fortschreibung auch der europäischen Gesetzgebung. Die Bischöfe registrieren aber auch die unterschiedlichen Reaktionen in Deutschland, Frankreich und Luxemburg. Die einen müßten sich fragen lassen, warum sie so unbesorgt seien und sich so wenig um die benachbarten Völker kümmern, die anderen müßten sich die Frage stellen, warum sie Angst hätten, ob nicht auch die Gefahr bestehe, daß sich Angst vor der Kernenergie zu einer Ideologie eines bloß biologischen Lebens ohne geistige Dimension auswachse, zur gleichen Ideologie, die zu Abtreibung und Euthanasie führe. Es gelte, von lähmender Angst frei zu werden und dem zu vertrauen, der die Welt nicht nur geschaffen habe, sondern auch in Händen halte.

#### Eine deutsche Bischofsdelegation besuchte Anfang Juni Moskau und Riga.

Zu Gesprächen mit Vertretern der russisch-orthodoxen Kirche hat sich eine Delegation der Deutschen Bischofskonferenz unter Leitung des Erzbischofs vom München und Freising, Kardinal *Friedrich Wetter*, von 30. Mai bis 6. Juni in der Sowjetunion aufgehalten. Die ökumenische Begegnung, an der neben theologischen Experten auch noch die Bischöfe *Josef Homeyer*, Hildesheim, *Paul-Werner Scheele*, Würzburg, und *Franz Eder*, Passau, teilnahmen, vollzog sich nach den Worten Wetters in einer offenen und brüderlichen Atmosphäre. In Glaubensfragen, insbesondere im Verständnis der Eucharistie, habe man weitgehende Übereinstimmung festgestellt. Allerdings seien beim vereinbarten Thema „Eucharistie – Zeichen und Vollzug des Glaubens, der kirchlichen Einheit und des Friedens“ die Akzente verschieden gesetzt worden: Während die deutsche Seite mehr Nachdruck auf die Eucharistie als Vollzug von Kirche gelegt habe, sei die russische Seite vor allem am Friedensthema interessiert gewesen. Der Orthodoxie gehe es darum, daß die Einheit des Glaubens sich auch in der Gestaltung des Lebens als wirksam erweise. In einem von Kardinal Wetter und dem Leiter der russischen Delegation und Vorsitzenden des Kirchlichen Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit *Philaret*, unterzeichneten Kommuniqué wird die Hoffnung geäußert, „daß der begonnene Dialog auch der Festigung freundschaftlicher Beziehungen zwi-

schen unseren Völkern dienen wird“. Der Dialog zwischen den beiden Kirchen soll, möglichst schon im nächsten Jahr, in der Bundesrepublik fortgeführt werden. Metropolit *Philaret* hat die Einladung Wetters zu einem Gegenbesuch bereits angenommen. Einen zweiten Höhepunkt des Aufenthalts in der UdSSR bildete ein Besuch im lettländischen Riga, der kurzfristig noch mit Unterstützung der Orthodoxie zustande gekommen war. Die deutschen Delegationsteilnehmer trafen dort mit Metropolit *Leonid* sowie mit dem Administrator des Erzbistums Riga und des Bistums Liepaja, dem 91jährigen Kardinal *Julijans Vaivods*, zusammen. Mit Wetter war erstmals ein ausländischer Kardinal bei der katholischen Kirche Lettlands zu Gast. Für die ebenfalls beantragte Fahrt nach Litauen hatten die sowjetischen Behörden keine Genehmigung erteilt.

#### Im deutschen Protestantismus ist es erneut zu einer Kontroverse über die Rolle der Evangelikalen in der Kirche gekommen.

Auslöser war u. a. ein Bericht des Heilbronner Dekans *Gerhard Simpfendörfer*, in dem dieser kritisch mit den von evangelikaler Seite geschaffenen Doppelstrukturen zu kirchlichen Einrichtungen ins Gericht geht („Gemeindegtag unter dem Wort“, „Arbeitsgemeinschaft evangelikaler Missionen“, „Hilfe für Brüder“). Diese Werke seien der Mitverantwortung von Synoden oder Kirchenleitungen entzogen und letztlich nur dem Hauptvorstand der Evangelischen Allianz unterstellt. Der Hauptvorstand der Allianz baue nicht nur parallel zu den der Kirche eigenen Strukturen neue auf, sondern dränge sich damit in die Kirchen und Gemeinden hinein. Die kirchlichen Werke würden in gezielten Kampagnen angegriffen und in den Gemeinden diskreditiert. Der Hauptvorstand der Evangelischen Allianz, der an keine kirchliche Verfassung und Ordnung gebunden sei, beginne sich inzwischen in aller Öffentlichkeit als eine Kirchenleitung der Evangelikalen zu etablieren. Simpfendörfer verweist dabei auf mehrere Gespräche des Hauptvorstandes mit der Bundesregierung. Die Kritik Simpfendörfers blieb nicht unwidersprochen. Der Schorndorfer Dekan *Rolf Scheffbuch*, Sprecher der Evangelikalen in der württembergischen Landessynode wie auch in der Synode der EKD, wies die Behauptung seines Amtsbruders zurück, die Evangelikalen wollten eine neue Kirche gründen. Die in den letzten Jahren von evangelikaler Seite gegründeten Einrichtungen, Verbände und Werke wollten den Landes- und Freikirchen dienen und nicht eine neue Kirche aufmachen. Auch die zentralistisch organisierte katholische Kirche schätze freie Werke, von den Ordensgemeinschaften bis zur Kolpingfamilie. In einem Kommentar zu der Kontroverse um die Rolle der Evangelikalen meinte *Dietrich Sattler*, Chefredakteur des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts“ (DAS, 1. 6. 86), die Evangelikalen hätten nicht im Sinn, eine eigene Kirche zu gründen; die Pietisten unter ihnen hätten bisher allen separatistischen Versuchungen widerstanden. Sollte das Beispiel der

Evangelikalen Schule machen, drohe der Kirche aber der Zerfall der Richtungen und Frömmigkeiten in selbstorganisierte Interessen, beginne ein „Rückzug des öffentlich wahrnehmbaren Christentums in das Getto verschiedener, selbstdefinierter Kirchlichkeiten“.

#### **Die EKD hat Überlegungen zur Frage der nichtehelichen Lebensgemeinschaften veröffentlicht.**

Die von der Familienrechtskommission des Rates der EKD erarbeiteten Überlegungen kommen zu dem Ergebnis: „Die Ehe ist Grundgestalt für das Zusammenleben von Mann und Frau, gegen deren Entwertung oder Relativierung sich die Kirche wendet. Nichtehele Lebensgemeinschaften sind der Ehe nicht gleichzustellen und nicht zu verrechtlichen.“ Die Studie unterscheidet *verschiedene Motivtypen* für das Eingehen nichtehelicher Lebensgemeinschaften, die sie schlagwortartig mit „Aufschub“, „Verweigerung“ und „Nützlichkeit“ umschreibt. Zur Begründung des Vorrangs der Ehe vor nichtehelichen Lebensgemeinschaften werden *drei einander ergänzende Begründungsmuster* heutiger evangelischer Theologie angeführt: Die Begründung kann demnach von der Ehe als Institution und der damit gegebenen „äußeren Verbindlichkeit“ der ehelichen Lebensgemeinschaft erfolgen, vom biblisch wie anthropologisch bedeutsamen Gedanken des Bundes her oder vom Verständnis der Ehe als Partnerschaft. Für die *ethische Beurteilung* von nichtehelichen Lebensgemeinschaften müsse der Grundsatz der Einheit von Liebe und Fürsorge beachtet werden. Bedenklich seien Vorbehalte bei den Partnern, die die ethische Verbindlichkeit einer Gemeinschaft ausschließen, sowie eine Zuwendung zum Partner in nichtehelicher Lebensgemeinschaft, die zugleich den Bruch einer bestehenden ehelichen Partnerschaft herbeiführe. Zum *kirchlichen Handeln* wird festgehalten, die Kirche dürfe Menschen, die eine nichteheliche Lebensgemeinschaft eingehen, nicht verurteilen, sie dürfe aber deren Entscheidung „nicht gutheißen und nicht verschweigen, daß die Menschen damit Gottes Angebot und Gabe und deren Sinn verfehlen“. Dem Wunsch von Partnern einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft nach einer Trauung oder trauungsähnlichen gottesdienstlichen Handlung dürfe nicht entsprochen werden. Die Kirche dürfe aber beim Zerbrechen einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft die betreffenden Menschen nicht allein lassen.

#### **Die Schweizer Kirchen veröffentlichten ein gemeinsames Wort über Kirchengemeinschaft.**

Die 7 Kirchen umfassende Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz hat anlässlich ihres 15jährigen Bestehens ein Wort zu „Kirchengemeinschaft – Einheit und Vielfalt“ an die Christen und Kirchen der Schweiz gerichtet und sie ersucht, „über dieses Wort nachzudenken und in gelebter Gemeinschaft Schritte auf die Einheit hin zu wagen“. Dabei dürfte diese Einheit so wenig verabsolutiert werden wie die Vielfalt, vielmehr

müsse um die rechte Zuordnung von Vielfalt und Einheit, von konfessioneller Eigenständigkeit und ökumenischer Gesinnung gerungen werden. „Zu suchen sind daher Lösungen, welche die Eigenständigkeit der Einzelkirchen achten und zugleich ihre Gemeinsamkeit wahren.“ Als einen konkreten Schritt auf diesem Weg empfiehlt die Arbeitsgemeinschaft ein „Gemeinsames Aussprechen des Glaubens heute“: Die Kirchen sollen „gemeinsam das Unverwechselbare des christlichen Glaubens aktuell und verbindlich aussprechen“. Weil aber das Zeugnis von der Versöhnung der Menschen mit Gott und untereinander nur von einer Gemeinschaft versöhnter Kirchen glaubhaft erbracht werden könne, sei die „Versöhnte Verschiedenheit“ der unerläßliche zweite Schritt. Damit verbunden sei eine „neue gemeinsame Identitätsfindung“, die den Weg öffnet „zu einer Gemeinschaft von Kirchen, deren Identität bewahrt und zugleich bereichert wird“. Eine solche Gemeinschaft von Kirchen finde ihren Ausdruck in der konziliaren Gemeinschaft der Kirchen. „Auch wenn es noch schwierig sein dürfte, ein universales Konzil der Gesamtchristenheit einzuberufen, so ist doch die Haltung der Konziliarität ein konkretes Modell zwischenkirchlichen Verhaltens.“ Nach diesem Verhaltensmodell soll das Leben der Kirchen auf allen Ebenen und in allen Bereichen gestaltet werden. Dabei seien aber immer auch „Nichtdogmatische Faktoren als Hindernis auf dem Weg“ ernst zu nehmen. Sie hätten ihr gutes Recht, insofern sie zur menschlichen Gestalt der Kirche gehören. Sie müßten aber auf ihre kirchliche Bedeutung, ihre Herkunft und Wirkung hin überprüft werden, damit sie nicht so dominant würden, daß sie Zeugnis und Dienst beeinträchtigen und ungerechtfertigterweise zum Fortbestand der Trennung beitragen.

#### **In der Schweiz besteht keine große Nachfrage nach der Tridentinischen Messe.**

Im Anschluß an ihre Sommersitzung orientierte die Schweizer Bischofskonferenz auf einer Pressekonferenz eingehender über die Situation um die sogenannte Tridentinische Messe bzw. die Aufnahme des Indultes zur Feier der Messe nach dem Missale von 1962. Vorgängig machte jedoch Bischof *Heinrich Schwery* von Sitten, in dessen Bistum die Niederlassung der Bruderschaft Pius' X. von Ecône liegt, auf die in jüngster Zeit schärfere Tonart und die noch intransigenter gewordene Haltung von Alterzbischof *Marcel Lefebvre* aufmerksam, um die Vielschichtigkeit des Fragenkreises aufzuzeigen. Erzbischof Lefebvre lehne beispielsweise jede Möglichkeit einer abgestuften Gemeinschaft der römisch-katholischen Kirche mit anderen Kirchen und Gemeinschaften grundsätzlich und hart ab, so daß er die Legitimität auch Papst Johannes Pauls II. klar bestreite. Im Zusammenhang mit der Tridentinischen Messe seien Fragen der Lehre, der Disziplin und der Liturgie sorgfältig auseinanderzuhalten. In bezug auf die Liturgie bzw. die nachkonziliare Liturgiereform stellt Bischof Schwery drei

Reaktionen fest: Für den größeren Teil der Gläubigen war die Reform gerade richtig, sie wünschten sich weder mehr noch weniger an Reform; für andere ging die Reform insofern zu weit, als sie sich mit einer gewissen Nostalgie an aufgegebene oder in der Praxis verlorengegangene Elemente erinnern; für eine Minderheit ging die Reform so weit, daß sie heute leiden. Für diese Gläubigen sei das Indult erlassen worden als eine Möglichkeit, ihr Leiden zu mindern, unter der klaren Voraussetzung allerdings, daß sie das Missale Papst Pauls VI. vorbehaltlos als rechtläubig anerkennen und dazu auch öffentlich stehen. Diese Bedingung führte dazu, daß bestimmte Gruppen das Indult erklärtermaßen nicht in Anspruch nehmen wollen. Andere wiederum ersuchten aus Gründen des Gefühls oder auch der Ästhetik um die Erlaubnis nach; einigen konnte sie nicht erteilt werden, weil sie die Bedingung nicht akzeptieren konnten, so daß heute in der Schweiz das Indult in nur 5 Fällen beansprucht wird. Damit aber geraten, wie Bischof *Pierre Mamie* ausführte, jene Gläubigen in ein Dilemma, die aus liturgischen Gründen Meßfeiern in der Bruderschaft Pius' X. oder in ihrem Umfeld besuchen: Sie besuchen diese Gottesdienste um der Liturgie willen und werden dann gegen den eigenen Bischof und den Papst aufgewiegelt.

**Die Bischöfe Ecuadors haben in einer gemeinsamen Erklärung zur wachsenden „materiellen und geistigen Armut“ in ihrem Land Stellung genommen.**

Das ausführliche Dokument wurde im April als Ergebnis gemeinsamer Reflexion der Bischöfe veröffentlicht und behandelt die „äußerst schwerwiegenden“ politischen Probleme in sachlicher, unpolemischer Form. Das Leben des einzelnen wie das der Gesellschaft orientiere sich zunehmend am „Können, Haben und Genießen“. Drogenkonsum und -handel gefährdeten in Ecuador nicht nur

die heranwachsende Generation, sondern finanziere die politische Subversion und korrumpiere das Land bis in die Reihen der Justiz. Immer noch gelte in dem seit 1979 zivil regierten Ecuador die Sicherheit des Staates mehr als die Rechte der Person, das zunächst notwendige Erstarren staatlicher Autorität drohe in den Autoritarismus zu münden. Zu den altbekannten Plagen im Bereich der Wirtschaft, Ämterbestechung, Steuerflucht und gewinn-süchtiger Zwischenhandel, komme der moralische Niedergang in Verwaltung und Rechtsprechung zum Schaden vor allem der schwächsten Glieder der Gesellschaft. Besorgnis äußern die Bischöfe auch über erste Anzeichen subversiver Gewalt. Was auf den lateinamerikanischen Bischofsversammlungen von Medellín und Puebla „institutionalisierte Gewalt“ genannt worden sei, habe Ecuador bereits gekannt; jetzt gebe es auch Guerrilla-Aktivitäten. Allerdings könne nur eine gerechtere Sozial- und Wirtschaftsordnung der Gewalt den Boden entziehen, und Voraussetzung dafür sei die Bekehrung des einzelnen von Egoismus, Habgier und Rachsucht. Zu den wachsenden Auslandsschulden des kleinen südamerikanischen Landes (derzeit 7,1 Mrd. US-Dollar; die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt die Hälfte des Pro-Kopf-Einkommens) schreiben die Bischöfe, vor allem an die Adresse der Landsleute gerichtet, die hohen Kredite seien geeignet, die Unabhängigkeit des Landes zu gefährden. Auch wolle die Kirche nicht zusehen, wie die Gelder in unnötige und allzu ehrgeizige Vorhaben flö- sen oder für militärische Zwecke ausgegeben würden. Sicherheit und das Recht auf Grund und Boden fordern die Bischöfe für die überwiegend indianischen Einwohner im Osten des Landes, wo die Erdölfunde und deren Förderung das soziale und wirtschaftliche Gefüge zu sprengen drohten und wirtschaftlicher Gewinn ohne Rücksicht auf die Menschen und das ökologische Gleichgewicht der Natur gesucht werde.

## Bücher

ULRICH KÜHN. **Sakramente.** Handbuch Systematischer Theologie. Herausgegeben von Carl Heinz Ratschow. Band 11. Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn. Gütersloh 1985. 322 S. 68,- DM.

Das hohe Maß an ökumenischer Verständigung dokumentiert sich gelegentlich (wenn auch viel zu selten) in einschlägigen Publikationen zu ehemals völlig kontrovers behandelten theologischen Themen. Der vorliegende Band, repräsentativ für ein Handbuch Systematischer Theologie von protestantischer Seite, darf unter dieser Rücksicht als ein Meilenstein im ökumenischen Gespräch über Sinn, Notwendigkeit und Begründung der Sakramente gelten. Dieser Eindruck wird auch da-

durch nicht getrübt, daß – der Gesamtanlage des Handbuchs entsprechend – mehr als die Hälfte des Buches der Darstellung reformatorischer Tradition (Luther, Melancthon, Calvin) und deren theologischer Vermittlung im 20. Jahrhundert (W. Elert, P. Althaus, K. Barth, O. Weber, P. Tillich) gewidmet ist; auch die ausdrückliche Beschränkung auf die herausragenden sakramentalen Handlungen von Taufe und Abendmahl tut der insgesamt ökumenischen Orientierung keinen Abbruch, zumal der Vf. dogmatisch für eine Offenheit der Zahl der Sakramente plädiert. Als kritisches Raster für die Würdigung der einzelnen Ansätze der Sakramententheologie (natürlich auch aus dem katholischen Bereich) dient die Frage nach der ekklesiologischen Wirklichkeit und Wirk-